

12/13
78

Union in Deutschland

Bonn, den 23. März 1978

Liebe Freunde!

Die kurze Osterpause gibt uns Gelegenheit, eine Bilanz der ersten drei Monate des Jahres 1978 zu ziehen und uns auf die kommenden Aufgaben einzustellen.

Unsere Bilanz ist positiv. Wir haben die Regierung an allen politischen Fronten in die Defensive gedrängt. SPD und FDP sind nur mit sich selbst und ihrem Überleben beschäftigt. Helmut Schmidt ist schwer angeschlagen: er kann sich seiner eigenen Mehrheit nicht mehr sicher sein.

Die Regierung hat sich mit ihrer falschen Politik endgültig in die Sackgasse manövriert und sich in unserem Volke isoliert. Die Koalition steht nicht nur gegen die CDU/CSU und ihre Wähler. Sie verliert jetzt auch die Unterstützung dort, wo es sie besonders schmerzlich trifft:

Gemeinsam mit der CDU/CSU machen die Gewerkschaften Front gegen Wortbruch und Willkür in der Rentenpolitik. Wir müssen noch deutlicher machen als bisher, daß wir in unserem Kampf für sichere Renten nicht alleine stehen. Die Regierung ist dabei, das Jahrhundertwerk der Rentenreform von 1957, von der CDU/CSU durchgesetzt, zu zerstören. Vor neun Jahren zogen SPD und FDP aus, „Reformen“ zu schaffen. Sie sind gescheitert. Jetzt beginnen sie, Reformen zu zerstören. Das wollen wir verhindern.

Weiter auf Seite 2

SCHLEYER- ENTFÜHRUNG

Der Bundeskanzler muß zu seiner Verantwortung stehen.

Seite 5

RENTEN

SPD und FDP demonstrieren das bewährte System. Seite 7

KSZE

Werner Marx bezeichnet das Ergebnis von Belgrad als Begräbnis dritter Klasse.

Seite 13

SPORT

Gespräche zwischen der Unions-Führung und dem Präsidium des Deutschen Sportbundes in Bonn. Seite 14

DOKUMENTATION

Die politische Alternative in der Rentenpolitik. grüner Teil

Uid-EXTRA

Das Wahlgesetz für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament. gelber Teil

ÖA

17. Juni — vor 25 Jahren Volksaufstand für die Freiheit.

rosa Teil

Fortsetzung von Seite 1

Gemeinsam mit Eltern- und Lehrerverbänden haben wir in Nordrhein-Westfalen durch ein Volksbegehren den Marsch in die sozialistische Einheitschule gestoppt. Dieser Erfolg hat selbst unsere kühnsten Erwartungen übertroffen. Er war nur deshalb möglich, weil uns viele Bürger unterstützt haben, die bisher noch nicht zu den Wählern und Sympathisanten der CDU zählten. Jetzt kommt es darauf an, diese konkrete in eine dauerhafte Unterstützung zu verwandeln. Die Ablehnung der ideologisch verblendeten SPD-Politik wächst. Darin liegt unsere Chance.

Wir stehen vor entscheidenden Landtagswahlen. Unsere Zuversicht, sie erfolgreich zu bestehen, wächst nicht nur aus der Schwäche des politischen Gegners. Die CDU ist in guter Form. Partei und Fraktion haben ihre Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit bei schwierigen Fragen (Renten, Innere Sicherheit) eindrucksvoll demonstriert. Unser Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit ist gut. Vor dem Bundesausschuß habe ich Ende 1977 festgestellt: der Erfolg ist uns sicher, wenn wir uns mit den Sachfragen und mit dem politischen Gegner beschäftigen und Schluß machen „mit dem Spielen auf das eigene Tor“. Dies garantiert unseren Erfolg, auch für die Zukunft!

Der Schlüssel für diesen Erfolg liegt ganz konkret bei den Landtagswahlen in Hamburg, in Niedersachsen, in Hessen und in Bayern. Wir verstehen diese Wahlen nicht nur als regionale Angelegenheit, sondern wir sehen sie in ihrer zentralen Bedeutung für die Bundespolitik. Wir haben alle Trümpe für den Erfolg in der Hand, wir müssen sie nur ausspielen! Wir werden siegen, wenn wir für jedermann klar und deutlich zwei Dinge herausstellen:

- Wir, die CDU/CSU, haben die besseren Männer und Frauen. SPD und FDP haben auch personell abgewirtschaftet. Die amtierende Regierung ist ihr letztes Aufgebot. CDU/CSU können besser regieren — in den Ländern wie im Bund.
- Wir haben in fast allen zentralen Fragen der Nation unsere Antworten erarbeitet. Der Regierung fehlt der Mut und die Kraft zu einer konsequenten Politik. Unsere Alternative liegt auf dem Tisch. Wir müssen sie den Bürgern jetzt noch stärker bekannt machen. Das erfordert Solidarität zu den Beschlüssen der Partei und den Einsatz aller Mitglieder vor Ort, im Gespräch mit den Wählern.

Wir werden in den nächsten Monaten auch die Grundsatzdiskussion mit der SPD verstärken. Denn die Alternative, die wir gegenüber der Regierungskoalition darstellen, ist eine grundsätzliche. Die Debatte über den Entwurf des Grundsatzprogramms, den der erweiterte Bundesvorstand jetzt nach zweitägiger intensiver Diskussion mit großer Einmütigkeit verabschiedet hat, gibt uns dazu Gelegenheit. Bei dieser Diskussion werden wir den Wählern erneut verdeutlichen, mit welchen Ideen wir die Zukunft dieses Landes gestalten werden.

Heinrich Heine

■ INFORMATION

Helmut Kohl zu den Wahlen in Frankreich

Zum Ausgang der Wahlen für die französische Nationalversammlung erklärt Helmut Kohl: Der überzeugende Wahlsieg der bisherigen Regierungsmehrheit in Frankreich erfüllt uns mit großer Zufriedenheit und Genugtuung. Damit wurde eine solide Grundlage für eine demokratisch-fortschrittliche Politik in Frankreich und für Europa geschaffen.

Ein Sieg der Sozialisten und Kommunisten hätte zu einer Volksfrontregierung mit unabsehbaren Folgen für den freien Teil Europas geführt. Der Erfolg der Regierungsparteien ist eine Ermutigung für alle politischen Kräfte in Europa, die den Eurokommunismus in jeder Form ablehnen und für ein geeintes Europa in Freiheit arbeiten.

Wir sind überzeugt, daß der Ausgang der Wahlen zur französischen Nationalversammlung die deutsch-französischen Beziehungen stärken wird. Damit ist eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um gemeinsam die schwierigen Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und sicherheitspolitischem Gebiet zu lösen.

Lob für Präsident Stingl

Die CDU hat mit Erleichterung die Nachricht vom Ende des Arbeitskampfes in der Druck- und Verlagsindustrie aufgenommen. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß damit nach langwierigen und zähen Verhandlungen der soziale

Friede im Druckereigewerbe wieder hergestellt ist, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler. Es gilt jetzt, in einer Nachbetrachtung die in den letzten Wochen gesammelten Erfahrungen festzuhalten. Die Tarifparteien der Druckindustrie stehen der Öffentlichkeit gegenüber in einer besonderen Verantwortung. Ein Arbeitskampf in diesem Bereich berührt das elementare Grundrecht der Bürger auf Presse- und Informationsfreiheit. Aus voreiligen Arbeitskämpfen kann nur Schaden für alle erwachsen. Dessen sollten sich die Beteiligten in Zukunft besonders bewußt sein. Angesichts der schwierigen Situation in den letzten Wochen ist die Rolle des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, als Vermittler besonders anzuerkennen. Die CDU dankt ihm für seinen Einsatz, der letztlich zum Erfolg geführt hat.

CDU entsetzt über Entführung von Aldo Moro

Als die Nachricht von der Entführung des Präsidenten der Democrazia Cristiana, Aldo Moro, in Bonn eintraf, hat Helmut Kohl dem Generalsekretär der DC, Benigno Zaccagnini folgendes Telegramm übermittelt: „Mit Betroffenheit und Entsetzen habe ich davon Kenntnis erhalten, daß der Präsident des Parteiausschusses der Democrazia Cristiana, unser Freund Aldo Moro, von Gewalttättern entführt und seine Begleiter ermordet wurden. Angesichts dieses grausamen Verbrechens spreche ich Ihnen die tief empfundene Anteilnahme der Christlich Demokratischen Union Deutschlands aus. Mit Bangen erwarten wir weitere Nachrichten und hoffen mit Ihnen auf Aldo Moros baldige sichere und gesunde Rückkehr. Dieser schreckliche Vorfall zeigt erneut, wie dringend es ist, daß alle europäischen

Demokraten entschlossen bei der Terroristenbekämpfung zusammenarbeiten müssen.“

Abscheu über Terroranschlag

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf ihrer letzten Sitzung u. a. über den terroristischen Anschlag auf israelische Bürger diskutiert und dabei ihren Abscheu zu diesem Verbrechen zum Ausdruck gebracht. Helmut Kohl erklärte dazu: „Dieser terroristische Anschlag einer Gruppe von Fanatikern wird von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion scharf verurteilt. Für die CDU/CSU-Fraktion ist die Androhung oder Anwendung von Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sie hofft, daß durch diesen feigen Anschlag die Bemühungen, zu einer friedlichen Regelung der Probleme im Nahen Osten zu kommen, nicht belastet werden.“

Noch mehr Jugendliche mobilisieren

Die Jahresversammlung der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten (EUJCD) in Berlin hat den Willen dieser aus 30 Organisationen in 17 Ländern des freien Europa bestehenden Organisation deutlich gemacht, die junge Generation in Zukunft noch engagierter für die christlich-demokratischen Ziele zu mobilisieren, stellte Matthias Wissmann, Vorsitzender der Jungen Union und Vorsitzender der EUJCD fest. Erstmals seit zwölf Jahren tagten die Europäischen Jungen Christdemokraten in Berlin. Es ist gerade aus der Sicht der Jungen Union Deutschlands als besonders erfreulich zu werten, daß bei dieser Jahresversammlung ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde, der die Verantwortung des freien

Europa für die Freiheit Berlins betont und sich entschieden gegen die Aushöhung der Regelungen des Viermächteabkommens durch die UdSSR und die DDR wendet.

Ein Kämpfer für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands trauert um Staatssekretär a. D. Professor Dr. Alfred Müller-Armack. Mit ihm ist eine Persönlichkeit von uns gegangen, die das Werden und den Weg der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt und mitbestimmt hat, stellt Helmut Kohl fest. Alfred Müller-Armack hat als Hochschullehrer für Nationalökonomie und als enger Mitarbeiter Ludwig Erhards in schwierigen Zeiten Verdienste um unser Land erworben. Zusammen mit Ludwig Erhard kämpfte er leidenschaftlich für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Der Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland aus Not und Elend ist eng mit seinem Namen verbunden.

Neuer RCDS-Vorsitzender

Die Bundesdelegiertenversammlung des RCDS wählte in Göttingen den 24jährigen Mainzer Jurastudenten Günther Heckelmann zu ihrem neuen Vorsitzenden. Heckelmann kündigte nach seiner Wahl eine stärkere „allgemeinpolitische und moralische Orientierung“ des RCDS an. In den Mittelpunkt der politischen Arbeit stellt der RCDS künftig die Politik des „demokratischen Dialogs“, mit deren Hilfe der Graben zwischen Hochschule und Öffentlichkeit verkleinert werden soll. In einer Entschließung zum Extremistenbeschluß fordert der RCDS die Einführung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit von Parteien durch das Bundesverfassungsgericht, das jedoch kein Verbot zur Folge haben soll.

■ SCHLEYER-ENTFÜHRUNG

Der Bundeskanzler muß zu seiner Verantwortung stehen

Hätte es keinen großen Krisenstab gegeben, wären Bundeskanzler und Bundesinnenminister nicht tätig geworden, wäre das Bundeskriminalamt nicht eingeschaltet worden, hätte die örtliche Polizei und die regionale Polizei aus eigener Initiative handeln können, würde Hanns Martin Schleyer möglicherweise noch leben, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und innenpolitischer Sprecher Alfred Dregger in der Debatte über die Fehler bei der Fahndung nach den Entführern von Hanns Martin Schleyer im Deutschen Bundestag.

Die zentralen Instanzen haben wegen der Mängel des Führungssystems nicht zu koordiniertem und zweckmäßigem Handeln beigetragen. Sie haben nur Durcheinander bewirkt und örtliche Initiativen gelähmt, die die Rettung hätten herbeiführen können. Wenn das Befehls- und Informationssystem nicht funktioniert, sind die Nachteile zentraler Zuständigkeiten und Weisungen größer als die möglichen Vorteile.

Die mangelnde Vorbereitung auf den Ernstfall, obwohl er auf Grund vorangegangener Anschläge zu erwarten war und obwohl das Gesetz über das Bundeskriminalamt für den Bund umfassende Zuständigkeiten begründet, die panikartige Einführung eines neuen Füh-

rungs- und Informationssystems nach dem Eintritt des Ernstfalles waren die entscheidende Ursache dafür, daß Einzelfehler vor Ort, die nie auszuschließen sind, schreckliche Folgen hatten.

Nun leugnet der Bundeskanzler nicht nur seine eigene Verantwortung, sondern auch die der Minister, obwohl er sonst bei der Zumessung von Verantwortung an Minister nicht kleinlich ist, vorausgesetzt, diese Minister gehören nicht seiner Partei und nicht der Partei seines Koalitionspartners an.

Wörtlich stellte Alfred Dregger fest: „Sie erinnern sich hoffentlich, Herr Bundeskanzler, an das, was Sie im Hinblick auf die Vorgänge in Stammheim an die Adresse von Ministerpräsident Filbinger und Justizminister Bender gesagt haben. Ich glaube allerdings, es sind nicht nur Koalitionsrücksichten, die Sie veranlassen, die Minister Maihofer und Hirsch von ihrer Verantwortung freizusprechen. Sie leugnen diese Verantwortung auch mit Rücksicht auf sich selbst; denn Ihre persönliche Verantwortung ist bei Ihrer unmittelbaren Einschaltung in die Entscheidungen im Fall Schleyer untrennbar mit der Verantwortung der Minister, insbesondere des Bundesinnenministers verknüpft...

Herr Bundeskanzler, halten Sie es für überzeugend, daß Sie sich für Mogadischu feiern lassen und die Verantwortung für Erfstadt leugnen? Wenn Sie nicht zu Ihrer Verantwortung stehen,

wie sollen dann Minister zu ihrer Verantwortung stehen? Wenn Sie nicht zu Ihrer Verantwortung stehen, wie wollen Sie dann Polizeibeamte zur Verantwortung ziehen? Zeigen Sie etwas von den Qualitäten, die ihre Propagandisten Ihnen nachrühmen, hoffentlich nicht nur andichten. Gestehen Sie Ihr Versagen ein und sorgen Sie wenigstens jetzt dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland auf den nächsten Terrorangriff, auf das nächste Geiseldrama gerüstet ist. Was sollte geschehen?

Ich schlage vor:

Im Bundesinnenministerium wird eine ständig besetzte Führungszentrale eingerichtet, die verantwortlich ist für das Lagezentrum und für die drei großen Sicherheitsdienste des Bundes, das Bundeskriminalamt, den Bundesverfassungsschutz und den Bundesgrenzschutz. Die Einrichtung einer zentralen Einsatzleitung, wie sie nach der Entführung von Schleyer vorgenommen wurde, entfällt beim nächsten Anschlag, weil sie bereits in gesetzlich einwandfreier und erprobter Form vorhanden ist.

Unterhalb dieser Führungszentrale des Bundes wird, soweit zweckmäßig, in einem vergleichbaren Fall regional eine Sonderkommission des Bundeskriminalamtes eingerichtet, die für alle Entscheidungen und ihre Durchführung regional und vor Ort verantwortlich ist. Daneben gibt es keine Koordinierungsstäbe oder ähnliche ad hoc erfundenen Einrichtungen. Die dem Bundeskriminalamt zur Verfügung gestellten Polizeikräfte der Länder handeln gemäß Beschluß der Innenministerkonferenz im April 1975 im Wege der Amtshilfe.

Das bedeutet: Die Einsatzaufträge für diese Polizeikräfte der Länder werden ausschließlich von den zuständigen Stellen des Bundeskriminalamtes er-

teilt. Für den taktischen Einsatz auch dieser Kräfte ist also allein das Bundeskriminalamt verantwortlich. Es besteht demnach ein klares Führungs- und Informationssystem, das von der Zentrale über alle Ebenen hinweg bis zum letzten Polizeibeamten reicht. All das ist bereits heute möglich. Es gibt dafür keine föderalistische Schranken...

In Planspielen wird die Zusammenarbeit der Landespolizei mit dem Bundeskriminalamt sowie das Zusammenwirken der Polizei mit dem Verfassungsschutz aller Ebenen und dem Bundesgrenzschutz unter der Verantwortung der Führungszentrale im Bundesministerium des Innern in regelmäßigen Abständen geprobt. Das, was für jede Feuerwehr eine bare Selbstverständlichkeit ist, muß auch für den Bundesminister des Innern und die ihm unterstellten Sicherheitsorgane zur Selbstverständlichkeit werden.

Zu prüfen bleibt, ob neben einer solchen klaren und bereits vor dem Ernstfall erprobten Führungsstruktur es notwendig oder zweckmäßig ist, beim Bundeskanzler einen sogenannten großen Krisenstab einzurichten. Man kann vielleicht Verständnis dafür haben, daß der Kanzler schwerwiegende Entscheidungen nicht allein verantworten möchte. Man muß Verständnis dafür haben, daß er vor solchen Entscheidungen Vertreter der Koalition und gegebenenfalls auch der Opposition konsultieren will. Das darf aber nicht zur Verwischung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten führen.

Das darf auch nicht dazu führen, daß Politiker ständig in die Arbeit, in die Überlegungen und in die Einzel-Entscheidungen der Polizei und der sonstigen Sicherheitskräfte eingreifen und diese dadurch behindern. All das hat es im Entführungsfall Schleyer gegeben."

■ RENTEN-DEBATTE

SPD und FDP demontieren das bewährte Rentensystem

Die CDU/CSU hält das 21. Rentenanpassungsgesetz für finanzpolitisch verfehlt, weil es auf wirtschaftlichen Annahmen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung beruht, die äußerst zweifelhaft sind und zusätzliche Belastungen der Versicherten beinhalten, erklärte in der Bundestagsdebatte der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik —.
Heinz Franke.

Das 21. Rentenanpassungsgesetz, der dritte Akt des Sanierungsprogramms der Rentenfinanzen dieser Bundesregierung, ist ebenso unbefriedigend wie die vorige Akte. Statt die Ursachen der Rentenmisere, nämlich die wirtschaftliche Flaute und die dadurch verursachte Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wird nur an den Symptomen herumkuriert. Die notwendige Sanierung wird mit systemfremden Maßnahmen versucht. Ohne zwingenden Grund wird vom bewährten System der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente und der entsprechenden Rentenanpassung abgegangen.

Die CDU/CSU hält den vorgelegten Gesetzentwurf für sozial ungerecht, weil er überwiegend den Rentnern Sanierungsopfer abverlangt und zudem keinerlei Unterschiede bei der Belastbarkeit zwischen Rentnern mit hohen Alterseinkünften und Kleinstrentnern macht.

Die CDU/CSU ist nicht bereit, dem vielfältigen Wortbruch der Bundesregierung in der Rentenpolitik einen Bruch des Generationenvertrages durch das Abkoppeln der Renten von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung folgen zu lassen.

Wir halten an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente, am Generationenvertrag fest.

Schon die bisherige Debatte hat gezeigt, daß das 21. Rentenanpassungsgesetz mit fundamentalen Prinzipien unseres gesetzlichen Alterssicherungssystems bricht. Das Vertrauen der Versicherten und Rentner in unser bewährtes Alterssicherungssystem wird durch die Maßnahmen von SPD und FDP zerstört. Die CDU/CSU wird es nicht zulassen, daß die soziale Errungenschaft, nämlich die bruttolohnbezogene dynamische Rente, die unter Konrad Adenauer und Anton Storch geschaffen wurde, stückweise demontiert wird.

Aus diesem Grunde lehnen wir den Entwurf des 21. Rentenanpassungsgesetzes ab.

In der gleichen Debatte erklärte Gerhard Zeitel: Die CDU/CSU-Fraktion ist bereit, zur Lösung der schwierigen Rentenproblematik beizutragen. Aber sie ist nicht bereit, die Zahlen von immer erneut Irrenden anzuerkennen oder gar zur Grundlage ihrer politischen Lösungsvorstellungen zu machen. Dies kommt für die CDU/CSU schon deshalb nicht in Betracht, weil die Regierungs-

projektion auch für die Jahre nach 1980 von einer Million Arbeitslosen ausgeht. Unsere politischen Gestaltungsvorstellungen beruhen nicht darauf, diese hohe Arbeitslosigkeit und deren Folgeprobleme zu konservieren, sondern sie entscheidend abzubauen.

Ich möchte aber auch zum Ausdruck bringen, daß die Union andere Vorstellungen über eine dauerhafte Lösung der Finanzierung der Rentensicherung hat als die Regierung. Unser Haupteinwand gegenüber den Koalitionsparteien besteht darin, daß das Gewicht der Einheit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in der jüngsten Vergangenheit gröblich vernachlässigt worden ist. Nach unserer Auffassung ist eine gute, d. h. stabile und dynamische Wirtschaftsentwicklung mit relativ hohen Wachstumsraten das entscheidende Fundament für die Finanzierung unseres kostspieligen sozialen Sicherheitssystems. Dies ist eingehalten worden, solange wir die Regierungsverantwortung getragen haben.

Die Regierungskoalition muß sich vorhalten lassen, daß sie diese Grundlagen wesentlich erschüttert hat. Sie hat — allen voran der Bundeskanzler — zuerst die Inflation verniedlicht, dann aus inflationär aufgeblähten Steuereinkassen überreichlich Geschenke verteilt — u. a. auch dadurch, daß sie den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wieder beseitigt hat, den sie nun erneut einführen will. Daraus ist das Problem der strukturellen Defizite in den öffentlichen Haushalten entstanden, und daraus resultieren ebenso immer erneute Abgabenbelastungen für die Bürger und in zunehmendem Maße insbesondere der Arbeitnehmer der unteren Einkommensbereiche.

Die Bundesregierung hat durch die überzogene Verteilungspolitik letztlich

den Rückgang der Investitionstätigkeit unserer Unternehmungen provoziert, aus der die Arbeitslosigkeit folgt, die gegenwärtig das Hauptproblem der Finanzierung unseres sozialen Sicherheitssystems darstellt. Aus der rückläufigen Investitionstätigkeit und nicht primär aus der Weltwirtschaftskrise ergeben sich letztlich die immer größer werdenden Löcher in der Rentenfinanzierung.

Nicht Reparatur — sondern Sanierung

Wir sind der Auffassung, daß nur im Rahmen eines Gesamtkonzeptes die Renten dauerhaft saniert werden können. Wir wollen nicht die Kosten der Arbeitslosigkeit besser verteilen, sondern die Arbeitslosen von der Straße bringen. Dafür genügen die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen nicht.

Eine dauerhafte Konsolidierung unseres gesamten sozialen Sicherheitssystems kann überhaupt nicht durch Reparaturmaßnahmen in diesem Teilbereich gefunden werden. Sie ist vielmehr nur zu gewährleisten, wenn Wirtschafts- und Sozialpolitik wieder stärker als Einheit begriffen und entschieden auf die Rückgewinnung höherer Wachstumsraten unserer Wirtschaft ausgerichtet wird. Nur so kann das Problem der Arbeitslosigkeit überwunden werden.

Für eine solche Politik bedarf es eines anderen Ansatzes, als sie die Teilmaßnahmen der Regierung in den verschiedenen Aktionsbereichen bedeuten. Aber für die Realisierung einer solchen Politik aus einem Guß fehlt es in der Koalition offenbar an der notwendigen Einheitlichkeit der Auffassungen und an Regierungskraft. (Siehe auch Dokumentation dieser Ausgabe: Die politische Alternative in der Rentenpolitik.)

■ KOALITION

Bundesregierung von 53 % negativ beurteilt

Die Regierung Schmidt hat in ihrem Ansehen bei der Bevölkerung einen Tiefstand erreicht. Nach einer Meinungsumfrage des Emnid-Instituts wird sie jetzt von 53 % der Bundesbürger negativ beurteilt. Als bemerkenswert gilt, daß auch 36 % der FDP-Wähler mit der von ihrer Partei mitgetragenen Koalitionsregierung unzufrieden sind. Selbst 19 % der SPD-Anhänger haben von Bundeskanzler Schmidt und seinen Ministern keine gute Meinung mehr. Die Umfrage wurde nach der Regierungs-umbildung im Februar durchgeführt. Mit den — laut „Welt“ vom 2. März 1978 — in Bonn vorgelegten Ergebnissen sieht das Institut seine frühere Prognose über den Beginn eines Wandlungsprozesses in der öffentlichen Meinung bestätigt. In einem internen Bericht verweist Emnid vor allem auf den sich abzeichnenden wachsenden Unmut bei den FDP-Sympathisanten.

DGB weiter gegen Rentenpläne der Bundesregierung

Die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hält ihren Widerstand gegen das Konzept der Bundesregierung zur Sanierung der Rentenfinanzen im vollem Umfang aufrecht. Der geschäftsführende DGB-Vorstand hat in einem Gespräch mit dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn mit Entschiedenheit seine Forderung nach einer Beitragserhöhung zur Rentenversicherung schon im nächsten Jahr sowie nach Einführung eines Beitrages der Rentner zu ihrer Krankenversiche-

rung bekräftigt. Die DGB-Vertreter betonten, daß auch bei den kommenden Rentenerhöhungen an der bruttolohnbezogenen Rente festgehalten werden müsse. In Teilnehmerkreisen der SPD-Fraktion wurde das Gespräch mit der DGB-Führung über das Rententhema als wenig befriedigend gewertet. Das Gespräch stand unter Leitung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter und des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner.

Schmidt von eigenen Genossen im Stich gelassen

Das Votum von Bundeskanzler Schmidt für ein Berufsgrundbildungsjahr für alle Jugendlichen wird offensichtlich von seinen eigenen Regierungsparteien nicht mehr getragen, stellte die CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dorothee Wilms im Ausschuß des Bundestages für Bildung und Wissenschaft fest. Schmidt hatte in der Regierungserklärung im Dezember 1976 diese Forderung erhoben und dem Berufsgrundbildungsjahr gleichzeitig den Vorrang vor einem 10. allgemeinbildenden Hauptschuljahr eingeräumt. Bei der Abstimmung im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft über das Programm der CDU/CSU-Fraktion zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebotes für Jugendliche schlossen sich die Koalitionsfraktionen einer entsprechenden Formulierung, die von der CDU/CSU vorgelegt worden war, nicht an.

Offensichtlich ist die innerparteiliche Zwietracht in der Koalition über die Bildungspolitik im allgemeinen und über die Gestaltung eines möglichen 10. Pflichtbildungsjahres schon so groß, daß SPD und FDP sich nicht einmal mehr auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Regierungserklärung ver-

ständigen können. Die CDU/CSU fordert, daß dem Berufsgrundbildungsjahr Vorrang eingeräumt wird vor einem 10. Hauptschuljahr, wenn ein 10. Pflichtschuljahr eingeführt werden sollte, und daß möglichst allen Jugendlichen eine berufliche Grundbildung geboten wird.

Neue Senatsaffäre in Hamburg

Wenige Wochen vor der am 4. Juni stattfindenden Bürgerschaftswahl in Hamburg steht der Erste Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD), der sich vor kurzem der Affäre um die Stadtilustrierte „Hallo Hamburg“ von dem langjährigen Senatspressechef Paul Otto Vogel (SPD) trennen mußte, vor einem neuen landespolitischen Eklat: Die Stellung von Wirtschaftssenator Wilhelm Nölling (SPD) gilt als schwer angeschlagen, nachdem sich jetzt herausgestellt hat, daß die im Sommer 1976 vom Senat nach schweren Liquiditätsschwierigkeiten übernommene Werkzeugmaschinenfabrik Blohm in Hamburg-Bergedorf nicht mehr zu retten ist und in Konkurs gehen wird. Damit sind rund 280 Arbeitsplätze und mindestens zwölf Millionen DM staatliche Zuwendungen und Bürgerschaftsmittel, wahrscheinlich aber rund 20 Millionen DM Steuergelder verloren. Nölling war vor diesem hohen und risikobeladenen Engagement Hamburgs immer wieder gewarnt worden, hatte den Fall Blohm jedoch in Übereinstimmung mit dem Bergedorfer SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Schmidt öffentlich als „Sanierungsmodell“ gepriesen.

Erpressung statt Förderung

Der Beschluß der Bundesregierung, auch in diesem Jahr keine Ausbildungsumlage in der Berufsbildung einzuführen, wird vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ der CDU/

CSU-Fraktion des Bundestages, Albert Schedl, wie folgt kommentiert: Die Wirtschaft und ihre Verbände haben diese Entscheidung des Bundeskabinetts mit Erleichterung aufgenommen. Doch zur Zufriedenheit besteht wenig Anlaß. Denn jetzt wird die Bundesregierung, wie gehabt, wieder drohend an die „Zusagen der Wirtschaft“ erinnern, Zigtausende zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Andernfalls steht die Ausbildungsumlage wieder auf der Tagesordnung.

Erpressung statt Förderung: Mitten in der Krise soll die Wirtschaft „über Bedarf“ ausbilden. Trotz erdrückender Kosten und trotz unsinniger ausbildungshemmender Vorschriften. Mit dem „dualen System“ treiben es die Regierenden wie mit der Marktwirtschaft: Man schickt sie ins Rennen wie ein Pferd mit zusammengebundenen Vorderläufen. Ihre Unfähigkeit muß doch zu beweisen sein!

Kühn fand keine Frau für Frauenfragen

Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) gab vor dem Landtag Düsseldorf endgültig sein Wahlversprechen auf, eine Frau im Range eines Staatssekretärs als Beauftragte für Frauenfragen im Lande Nordrhein-Westfalen zu ernennen. „Es hat sich nicht realisieren lassen“, meinte Kühn und berief Arbeits- und Sozialminister Professor Friedhelm Farthmann (SPD) zum neuen Frauenbeauftragten. „Ich weiß nicht, warum das Heiterkeit auslöst“, meinte Farthmann, als er sich in seiner neuen Eigenschaft den überraschten Landtagsabgeordneten vorstellte. „Ich finde, der kleine bekannte körperliche Unterschied hindert nicht, daß ich im gleichen Maße zur Lösung der Probleme beitragen kann wie eine Frau“.

■ EUROPA-WAHL

Verbundene Landeslisten

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche das Wahlgesetz für die Direktwahl eines Europäischen Parlaments einstimmig verabschiedet. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt für den Aufbau Europas getan.

Für die CDU/CSU kam es bei den langwierigen und manchmal zähen Beratungen über die Direktwahl stets darauf an, das Wahlsystem möglichst bürgernah und regionalbezogen zu gestalten. Bundeslisten schieden deshalb für die CDU/CSU von Anfang an aus. Da sich die analoge Anwendung des Bundestagswahlrechts nicht durchsetzen ließ, plädierte die CDU/CSU für ein System verbundener Landeslisten. Sie war sich darin einig mit der Mehrheit der Bundesländer und mit vielen Organisationen, wie etwa der Europa-Union. Der jetzt vom Bundestag in dritter Lesung verabschiedete Kompromiß gestattet nunmehr der CDU und der CSU, ihre Kandidaten den Wählern auf Landeslisten und damit in größtmöglicher Regionalbezogenheit zu präsentieren.

Das Verfahren ist praktikabel, sowohl für die sich bewerbenden Parteien als auch vor allem für die Wähler, stellte Franz Heinrich Krey im Bundestag fest. Es wird auch für die bei der Wahl zu beteiligenden Ausschüsse und Verwaltungen keine Schwierigkeiten bringen. Die Parteien selbst haben die Möglichkeit, ihre bisherigen Bestimmungen für Kandidatenaufstellungen anzuwenden. Anders als im Bundestagswahlrecht ist

die Möglichkeit zur Benennung von Ersatzbewerbern gegeben.

Zwei Punkte sind jedoch noch kontrovers. Einmal die Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf alle im Ausland lebenden Deutschen. Der verabschiedete Gesetzentwurf läßt zwar die Deutschen im EG-Ausland an der Wahl teilnehmen. Um so leichter sollte es deshalb sein, auch das letzte Stück des Weges zu gehen und die Bestimmungen auf alle Deutschen im Ausland auszudehnen.

Der zweite Punkt: Das Gesetz sieht entsprechend den Festlegungen im Akt der EG die Möglichkeit vor, daß auch Mitglieder des Bundestages zugleich Europaabgeordnete sein können. In welchem Umfang von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, wird sicher auch nach den bisherigen Erfahrungen wohl abzuwägen sein. Aber diese Möglichkeit besteht und ihre Wahrnehmung wird nicht zuletzt auch im Sinne der europäischen Aufgaben begründet.

Nach Auffassung der CDU/CSU sollte dies dann aber auch für Mitglieder von Landesregierungen gelten, falls einzelne solcher Persönlichkeiten sich zugleich zur Kandidatur um ein Europa-Mandat zur Verfügung stellen.

Die beiden Änderungsanträge der CDU/CSU-Fraktion wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt. Das Gesetz geht jetzt in den Bundesrat. CDU-Extra dieser Ausgabe (gelber Teil) bringt den Wortlaut des Gesetzes, so wie er vom Bundestag verabschiedet worden ist.

■ KSZE-KONFERENZ

Ein Begräbnis dritter Klasse

Die traurigen Nachrichten von der KSZE-Überprüfungskonferenz in Belgrad kennzeichnen den minimalen Grad des Einverständnisses zwischen Ost und West. Ein dürres Kommuniké wurde formuliert, nicht mehr die angekündigte Bestätigung und Vertiefung der Entspannungsformeln aus dem Sommer 1975 in Helsinki. Zum Stand der Beratungen auf der KSZE-Überprüfungskonferenz in Belgrad erklärte der Vorsitzende des außen- und deutschlandpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx:

Dem Westen, ohnehin in seiner bisherigen Verhandlungsführung wenig klar, nachdrücklich und überzeugend, fehlt nun die Geduld. Aber Geduld ist wichtig beim Verhandeln, zudem mit Russen. Nun ist auch der Westen bereit, das einstmals so gefeierte Werk der europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit auf eine Miniformel herabzukürzen. Nur zweieinhalb Jahre sind vergangen, seit die Führer von 35 Nationen in der finnischen Hauptstadt eine Deklaration fundamentaler Prinzipien unterzeichneten, feierlich und wortreich die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Wahrung und Förderung der Menschenrechte im berühmten „Korb III“ beschworen.

Die Union, die sich skeptisch gegenüber der möglichen Verwirklichung all

dieser Abmachungen gezeigt hat und die Inhalt und Ziele der sowjetischen Politik nüchtern einschätzte, wurde damals verhöhnt. Von der linken Regierung wurde das Aneinanderreihen von Worten, das gefällige Hin- und Herschieben von Sätzen schon als echte Friedenssicherung aufgefaßt. Erneut aber korrigiert die politische Entwicklung den illusionären Geist einer falsch verstandenen Entspannungspolitik.

Was in Belgrad herausgekommen ist, zeigt aufs neue die eigentlich seit Jahrzehnten bekannte Verhandlungsstrategie kommunistischer Staaten. In Helsinki gaben sie wohlfeile Entspannungsworte für das handfeste Zugeständnis des Westens, die sowjetische Eroberungs- und Revolutionspolitik in Osteuropa zu akzeptieren und ihren imperialistischen Besitzstand auch schriftlich zu fixieren.

Bei der sogenannten Überprüfungskonferenz in Belgrad hat nun der sowjetische Partner seine ganze Härte gezeigt. Das westliche Zugeständnis hat er bereits fest vereinnahmt. Nun hat er durch eisernes Verweigern auch noch erreicht, daß die Bekundungen von Helsinki über mehr Freizügigkeit von Menschen, Informationen und Meinungen nicht mehr aufrechterhalten und das Schlüsselwort Menschenrechte nicht in die Papiere geschrieben werden.

Der Westen ist düpiert. Er kann jetzt nur noch in verlegenen Wendungen seine eindeutige Verhandlungsniederlage drapieren.

Wie wir unsere Regierung kennen, wird sie auch dieses Mal mit einem Schwall von Worten, mit dem Erwecken neuer Hoffnungen für künftige Konferenzen ihre Unfähigkeit zu verdecken suchen, aus der Entspannungspropaganda tatsächliche, greifbare, dauerhafte Entspannungen zu machen.

■ SPORT

Förderung gezielter koordinieren

Vertreter des Präsidiums sowie der Fraktion der Christlich Demokratischen Union im Bundestag mit ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl an der Spitze, haben in einem freimütigen Gedankenaustausch mit einer Delegation des Präsidiums des Deutschen Sportbundes, unter Führung von Präsident Willi Weyer, aktuelle Fragen der internationalen Sportpolitik sowie der Förderung des Spitzen-, Breiten-, Freizeit und Schulsports beraten.

CDU und DSB gingen in offenem Gespräch davon aus, daß der Sport zuerst eine Sache der eigenen Organisation ist. Die Sportförderung von Bund, Ländern und Kommunen wird deshalb von Prinzipien der Autonomie des Sports und der Subsidiarität bestimmt. Sie setzt dort ein, wo die eigenen Mittel der Vereine und Verbände nicht ausreichen, um die wachsenden gesellschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen.

CDU und DSB waren sich auch einig darüber, daß die Förderung des Sports durchgehend auf allen Ebenen noch gezielter koordiniert werden muß, um insbesondere die Arbeit der Vereine mit dem Ziel sportlicher Angebote für möglichst alle Bürger auszuweiten.

Im Spitzensport geht es vor allem darum, ein unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechendes System umfassender Förderung und sozialer Absicherung der Athleten zu finden und zu festigen.

Die Auswirkungen der Steuergesetzgebung auf die freiwilligen Leistungen der ehrenamtlichen Mitarbeiter dürfen nach Meinung der Gesprächspartner nicht dazu führen, daß die gemeinnützige Arbeit der Vereine eingeengt und das Engagement der Helfer belastet wird.

Die sportliche Jugendarbeit trägt nach Auffassung der CDU zur Persönlichkeitsbildung bei und ist geeignet, ein solidarisches, humanes und staatsbürgerliches Engagement breiter Schichten der Jugend zu wecken. Als wichtiger Inhalt der Bildung junger Menschen gebührt ihr uneingeschränkte Förderung innerhalb und außerhalb der Schule. In logischer Folge ist der Sport demnach auch in die Gesetze für die Erwachsenenbildung aufzunehmen.

Die CDU unterstützt die Bemühungen des Deutschen Sportbundes, künftig seine Führungs-, Personal- und Sachkosten aus eigenen Mitteln aufzubringen und die Hilfe des Bundes nur noch für Projektmaßnahmen in Anspruch zu nehmen. Mit diesem Ziel will die CDU den DSB unterstützen, die Lotterieg Glücksspirale mit dem alten Verteilerschlüssel zugunsten von Sport und Wohlfahrt sowie die Sportbriefmarke zugunsten der Stiftung Deutsche Sporthilfe fortführen zu lassen.

Aus dem internationalen Bereich wurden vom DSB die Initiativen der UNESCO, der Europäischen Sportkonferenz sowie der sportlichen Beziehungen mit den osteuropäischen Sportorganisationen angesprochen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot : WM-Faltkalender

**Fußball-
Weltmeister-
schaft**

Argentinien

1.6.78-25.6.78



Alles auf einen Blick

Bestellungen bitte ausschließlich an:

IS-Versandzentrum - Postfach 66 66 - 4830 Gütersloh 1 - Telex 9 33 753 iserv d

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat aus Anlaß der Fußball-WM 1978 einen WM-Kalender herausgegeben. Für Fußball-Fans und solche, die es bis zum Juni noch werden wollen, ist dieses kleine Werbemittel der CDU eine nette Aufmerksamkeit.

Prominente Sportler wie Hennes Weisweiler, Sepp Maier, Fritz Walter und Uwe Seeler kommen in dem WM-Kalender zu Wort.

Auch Helmut Kohl und Heiner Geißler grüßen die Sport-Fans.

Außerdem finden Sie auf zwei Seiten Anregungen zur Mitgliederwerbung.

Zahlreichen Tabellen ist zu entnehmen, wer wann wo gegen wen spielt.

Und natürlich ist Platz zum Eintragen der Ergebnisse.

Wer mehr über die Fußball-WM wissen will — etwa über die Geschichte oder die teilnehmenden Mannschaften —, dem bietet die Rückseite noch viele Informationen.

Übrigens: Fast alle Landesverbände haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, zwei Seiten selbst zu gestalten. Kreisverbände sollten sich also, bevor sie Bestellungen aufgeben, bei ihrem Landesverband erkundigen. Die beim IS-Versandzentrum vorliegenden WM-Kalender sind einheitlich gestaltet.

Mindestabnahme: 500 Exemplare.

Preis: 55,— DM pro 500 Exemplare.

Bestell-Nr. 2830

Für sichere Renten

Gegen Wortbruch und Willkür



Die Wortbrüche des Herrn Schmidt

Erster Wortbruch:
 Über Tage vor der Bundestagswahl sagte Schmidt: Die SPD ist der Partner für den Ausstieg. Dieses Problem kann er nicht lösen, und er bewachte. Die Renten erhalten die Rentner. Die SPD hat sich verpflichtet, die Renten zu erhöhen.
 Nach der Wahl sagte die SPD/FDP-Koalition die Wahl gewonnen. Beschlossen beide Parteien, die Rentner zu unterstützen. Die SPD hat sich verpflichtet, die Renten zu erhöhen.
 Nur wenige Tage nach der Wahl hat die CDU/CSU-Fraktion die Regierung zum Rückgang der Renten außer Acht gelassen. Die SPD hat sich verpflichtet, die Renten zu erhöhen. Auf dem 1. 1. 1978 verschoben.

Zweiter Wortbruch:
 Schmidt hat versprochen: Die Renten werden unabhängig davon erhöht wie die Renten kommen. Die gesetzlich festgelegte Berechnung der Renten wird garantiert. Die Beiträge werden nicht.
 Kein einziger dieser Versprechen ist die Regierung halten. Was ist das Wert des CDU-Kandidaten?

Der Willkür Tur und Tor geöffnet

Die brutto-Lohn-Rente bedeutet Schutz vor Willkür. Die Renten werden nach der Entwicklung der Arbeitnehmerentlohnung berechnet. Dieser Maßstab ist klar, eindeutig, in Mark und Pfennig beschreibbar. Die SPD/FDP gibt diesen klaren Maßstab auf. Sie öffnet damit der Willkür Tür und Tor.
 Darf die SPD mit unseren Renten machen, was sie will?

Auf dem Rücken der Schwächsten

Sicher, es muß gespart werden. Aber es dürfen nicht alle über einen Kamm geschoren werden. Wollte die SPD denn nicht, daß bei uns 2,3 Millionen Rentner von einer Rente leben müssen, die noch unter dem Sozialhilfenniveau liegt?

Als die CDU regierte, waren die Renten sicher. Die Willkür hat in Schwung. Das Meistvermögen der Rentenversicherung wurde von der SPD verstaatlicht. Die CDU hat gleichzeitig vor dieser Rentenpolitik gewarnt und ihre Vorschläge zur Anhebung der Wirtschaft und zur Senkung der Rentenversicherung vorgelegt. Die SPD hat alles in den Wind geschlagen. Jetzt müssen die Bürger sich zu Wort melden!

AKTION
Sichere Renten
 Gegen Wortbruch und Willkür

CDU
 sicher
 sozial
 und frei

CDU-Aktion: „Sichere Renten“

In diesen Wochen muß die Frage der Renten im Mittelpunkt der Diskussionen in unseren Verbänden stehen.

Die CDU ruft ihre Verbände zur Aktion auf. (S. UId Ausgabe 10/78)

Mit Großveranstaltungen, Diskussionen, Materialverteilung, Straßenaktionen usw. soll die bessere Rentenkonzeption der CDU mit der laufenden Rentenmisere der SPD/FDP verglichen werden.

Die abgebildete Wandzeitung ist ein Bestandteil der CDU-Aktion „Sichere Renten“

Wandzeitung: Für sichere Renten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 8,— DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr. 7847

Bestellungen an das:

IS-Versandzentrum — Postfach 66 66 — 4830 Gütersloh 1 — Telex 9 33 753 iserv d

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Angeschlagen

Wer die Debatte in Bonn verfolgt hat, fragt sich, ob es wirklich so klug war, von der Regierung die eigene Verantwortung zunächst auf einen früheren CSU-Politiker abzuwälzen, damit er das Versagen und die Konsequenzen im letzten Herbst herausfinden soll. Zunächst mag es clever erscheinen, daß man einem früheren Unionsrepräsentanten das Urteil zuschiebt. Es ist aber kaum damit zu rechnen, daß der Bürger von der Frage abgelenkt werden kann, weshalb denn der Leiter des Bundeskriminalamtes Herold, weshalb denn die Minister Maihofer und Hirsch nicht selbst Manns genug sind, als eigentliche Verantwortliche, zu klaren Schlüssen zu kommen, eigene Rücktritte inbegriffen... Sie werden angeschlagen bleiben. Sie werden das Vertrauen nicht wiederbekommen. Das müssen auch der Bundeskanzler und der FDP-Vorsitzende Genscher sehen. Ein neuerlicher Ministerwechsel in Bonn mag für beide

unangenehm sein. Aber sie sollten dazu doch das Zeug haben. Denn da scheint wohl kaum noch was zu kitten zu sein.

RIAS (Berlin), 16. März 1978

Ohne Zweifel geht es der Bundesregierung und den beiden Innenministern Maihofer und Hirsch an die Nerven, daß die Opposition mit sehr einleuchtenden Argumenten der Regierung immer wieder vorwirft, sich vor der politischen Verantwortung für die polizeilichen Fehler bei der Schleyer-Fahndung zu drücken. Die sozial-liberalen Regierungen in Bonn und Düsseldorf möchten verständlicherweise den Fall Erftstadt-Liblar durch einzuleitende Klärungen in irgendwelchen fabelhaften Untersuchungsgremien auf die lange Bank schieben. Erst einmal Zeit gewinnen, um vielleicht doch noch überzeugend die Unschuld der Minister Maihofer und Hirsch darlegen zu können. Man wird ja sicher auch auf unterer Ebene noch einen Schuldigen finden können. Die Opposition möchte die Düsseldorfer und Bonner Verantwortlichen nicht so einfach davonkommen lassen und lastet die grundsätzlichen Führungsfehler nicht zuletzt dem Kanzler an.

Südwestfunk, 16. März 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. Telefon (022 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (022 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD